

Der Schutz des jüdischen Rechtes

Von Professor Simon Dubnow

In die Auseinandersetzung über die Zürcher Konferenz zum Schutze des jüdischen Rechtes greift der große jüdische Historiker Professor Simon Dubnow mit der folgenden Darlegung ein:

Das Problem steht so: Nachdem die Friedensverträge die osteuropäischen jüdischen Gemeinschaften als Volksminderheiten, deren Rechte unter dem Schutz des Völkerbundes stehen, formell anerkannt haben, muß eine interterritoriale jüdische Organisation geschaffen werden, die alle Aktionen zum Schutze dieser Rechte in den verschiedenen Ländern, wie Polen, Rumänien, Ungarn, Litauen, Lettland, vereinhheitlichen soll. Eine deutsche Minderheit in Polen, Italien oder der Tschechoslowakei kann durch Deutschlands Vertreter im Völkerbund gegen ein ihr angetanes Unrecht appellieren; das jüdische Volk hat nicht seine Vertreter im Völkerbund, deshalb muß ein Kollektivum geschaffen werden, das in Fällen, wo die international garantierten jüdischen Minderheitsrechte verletzt werden, als die jüdische Mittelstelle zu fungieren hat. Es ist dies der einzige Weg für jüdische Politiker, wenn sie nicht zur alten Hintertürenpolitik, zur erniedrigenden persönlichen Bittstellerei bei Ministern und Diplomaten, die heute am Ruder und morgen verschwunden sind, zurückkehren wollen.

Man darf eines nicht vergessen: In der Vorkriegszeit haben Juden für ihre Emanzipation oder für die Verwirklichung bereits gegebener Emanzipation in jedem Lande gesondert diesen Kampf geführt, in gewissen Fällen auch mit Hilfe der Weltpresse oder vereinzelter diplomatischer Vorstellungen. Heute haben wir das Recht, offiziell an jene internationalen Instanzen zu appellieren, die die Rechte aller Minderheiten in dem neu aufgebauten Europa garantiert haben. Man befindet sich in einem großen Irrtum, wenn man glaubt, daß „Minderheitsrecht“ nur national-kulturelle Autonomie bedeuten kann; nein, gemeint sind allerlei Rechte für Minderheiten: Bürgerrechte, politische Rechte und kulturelle Rechte. Haben doch gegenwärtig Juden in Rumänien oder Polen dafür zu kämpfen, daß man sie nicht in den Straßen mißhandelt, daß man ihre Studenten nicht aus den Schulen hinauswirft, daß der Numerus clausus abgeschafft werde, daß Juden zu Staatsanstellungen, öffentlichen Arbeiten und so weiter zugelassen werden. Wenn aber Staatssubventionen für jüdische Schulen gefordert werden, soll diese For-

derung ungesetzlich sein? Fordern dies ja auch alle Minderheiten.

Man sagt, es sei gefährlich, die (echt-nationalen) jüdischen Gemeinschaften in Osteuropa als nationale Minderheiten hinzustellen, weil das Wort „national“ mit Bezug auf Juden in den Friedensverträgen nicht erwähnt sei. Sogar diejenigen assimilierten Westjuden, die so sprechen, müssen aber auch zugeben, daß in allen Ländern die Juden zum mindesten eine religiöse Minderheit sind, wie dürfen sie es dann zulassen, daß die Rechte einer solchen Minderheit verletzt werden sollen, ohne dagegen zu protestieren? Erscheint es dem geehrten Großrabbiner von Frankreich nicht verdrießlich, wenn man einen jüdischen Studenten in Jassy oder Bukarest schlägt, sei es, daß ihm dies als Mitglied einer religiösen Minderheit, wie der Herr Großrabbiner meint, oder als Mitglied einer nationalen Minderheit, wie die nicht assimilierten rumänischen Juden selbst meinen, widerfährt.

Man sagt, es sei gefährlich, eine interterritoriale jüdische Organisation für Rechtsschutz der jüdischen Minderheiten zu schaffen. Aber diejenigen, die dies zum Ausdruck bringen, treten doch selbst im Namen des Judentums durch Organisationen wie „Alliance Israélite“ (das große Wort „Universelle“ vergessen sie oft) in Paris, Joint Foreign Committee in London, American Jewish Committee und andere interterritoriale jüdische Organisationen, hervor. Wäre es nicht gegenüber der Außenwelt taktisch richtiger, wenn im Namen des jüdischen Volkes eine einzige bevollmächtigte all-jüdische Organisation hervorträte, statt daß fünf oder sechs Allianzen und Komitees, die sich oft miteinander nicht verständigen können, Aktionen unternehmen?



Bitte auf diese Marke zu achten!

Markt 10

W. Kretschmar, Inh. Rob. Mahn

praktischer **Heimdschneider**

Tadellos sitzende Oberhemden und jegliche Herrenwäsche nach eigenem Idealsystem.
Krawatten-Neuheiten

gleichen Hospital tätigen jüdischen Aerzte Hyman Solovay, Louis Borrow und Louis Katskee ein, zerrten sie aus ihren Betten, stießen sie in ein mit eiskaltem Wasser gefülltes Bassin, beschmierten sie dann mit Farbe, fesselten und knebelten sie. Vor Gericht berichteten die jüdischen Aerzte über ihr sonstiges Martyrium. Es herrschte in der Hospitalsverwaltung ein Geist schimpflichsten Antisemitismus. Das Pflegepersonal weigerte sich, die Anordnungen der jüdischen Aerzte zu befolgen. Die jüdischen Patienten hatten furchtbar zu leiden. Bürgermeister Walker erklärte, er werde unabhängig von dem Ausgang der Gerichtsverhandlung eine Untersuchung durchführen, die bis zur letzten Konsequenz gehen wird. Er werde von sich aus gegen alle Schuldigen Gerichtsklage erheben und vom administrativen Standpunkt aus restlos durchgreifen. Kein Schuldiger werde strafflos ausgehen. Die Untersuchung erstreckt sich auch auf andere städtische Spitäler.

Der Prozeß Schwarzbart wird am 17. Oktober beginnen. Paris. Wie soeben von Gerichtsseite offiziell mitgeteilt wird, wurde der Beginn der Schwurgerichtsverhandlung gegen Schalom Schwarzbart, der den ukrainischen Ataman Petljura als den Verantwortlichen für die furchtbaren Judenpogrome in der Ukraine in einer Pariser Straße durch einen Revolverbeschuß getötet hat, für den 17. Oktober d. J. anberaumt. Die Dauer des Prozesses läßt sich heute noch nicht annähernd voraussagen, da seitens der Verteidigung wie der Zivilvertreter der Petljura-Partei die Ladung einer großen Anzahl Zeugen beantragt ist. In jüdischen Kreisen wird erwartet, daß der Prozeß Gelegenheit geben wird, die der internationalen Welt zum großen Teil noch unbekannt gebliebene Tragödie der Judenheit in der Ukraine, die in den Jahren 1918 bis 1920 durch grauenvolle Pogrome dezimiert worden ist, zu entschleiern.

Erhöhte Propagandatätigkeit der Schächtgegner in Oesterreich. — Ein Attentat auch gegen die Schweizer Judenheit. Wien. Die von dem österreichischen Tierschutzverein geleitete Propaganda für ein Verbot der Schächtung nach jüdischem Ritus nimmt in der letzten Zeit wieder überhand. Die Schächtgegner bereiten eine nach Ländern gegliederte Volksabstimmung für die Einbringung eines Gesetzes vor, wonach das Schächten ohne vorherige Betäubung verboten sein soll. Durch die länderweise Abstimmung will man auf die Regierung einen Druck ausüben, ein allgemeines Schächtverbot-Gesetz dem Parlament vorzulegen. In der judenarmen Provinz Vorarlberg soll zuerst ein Schechita-Verbot durchgeführt werden, wodurch der Schweizer Judenheit die Möglichkeit genommen werden soll, im österreichischen Grenzgebiet Schächtungen stattfinden zu lassen.

Die Presse der Juden. Berlin. Im Hinblick auf die geplante Organisation einer Abteilung „Die Presse der Juden“ auf der Internationalen Presseausstellung „Pressa“, Köln 1928, wandte sich die JTA an das Mitglied des Organisationskomitees, Bibliothekar der Berliner jüdischen Gemeinde, Herrn Josef Lin, der ein Fachmann auf dem Gebiete des jüdischen Zeitungswesens ist, mit dem Ersuchen um eine Äußerung über Zahl und Bedeutung der jüdischen Presse in Vergangenheit und Gegenwart. Herr Lin führte aus: „Die jüdische Abteilung auf der Kölner Internationalen Presse-Ausstellung soll ein möglichst vollständiges Bild vom geistigen Schaffen des Judentums, soweit es sich in periodischen Publikationen offenbart, darbieten. Es handelt sich hierbei um einen umfangreichen und mannigfachen Aufgabenkreis, der die gesamte jüdische Presse von ihren ersten Anfängen bis zu ihrem heutigen Stand umfaßt. Diese Gesamtpresse der Juden umfaßt zirka 4000 Zeitungen und Zeitschriften in 30 verschiedenen Sprachen. Davon entfallen in runden Zahlen ausgedrückt auf Hebräisch 650, Jiddisch 1500, Deutsch 550, Englisch 500, Französisch 100, Russisch 200, Spaniolisch 100, Polnisch 50, Ungarisch 50, Holländisch 50, Rumänisch 30, Arabisch 30, Italienisch 30 periodische Erscheinungen verschiedener Richtungen und Gattungen: Tageszeitungen, Wochen- und Monatsschriften, Partei- und Fachorgane usw.“ Selbstverständlich wird unser Organisationskomitee völlig unparteiisch, nach rein objektiven wissenschaftlichen und kulturgeschichtlichen Gesichtspunkten seine Arbeiten durchführen.

Das „Habimah“-Ensemble in Europa eingetroffen. — Auf dem Wege nach Berlin. Cherbourg. An Bord der „Berengaria“ ist heute das von seinen Gastspielen in Europa rühmlichst bekannte Ensemble des Moskauer Hebräischen Künstlertheaters „Habimah“ in Cherbourg eingetroffen. Das Ensemble, in dessen Mitte sich Frl. Rovina und Herr Tschermerski befinden, hat sich sofort auf die Reise nach Berlin begeben, wo es eine Reihe Gastvorstellungen geben wird.

Aus aller Welt

Kein jüdischer Vize-Bürgermeister in Warschau. Warschau. Die jüdische Fraktion im Warschauer Stadtrat hätte als die zweitgrößte das Recht, aus ihrer Mitte den ersten Vize-Bürgermeister zu nominieren. Diese Nominierung war bereits erfolgt. Jedoch die polnischen Fraktionen einigten sich darauf, einen Juden als Vize-Bürgermeister nicht zuzulassen und wählten einen Sozialdemokraten zum ersten Vize-Bürgermeister. Die jüdische Fraktion hat gegen diese Handlungsweise der Fraktionen formellen Protest erhoben.

Interpellation gegen den Numerus clausus im polnischen Sejm. Warschau. Im Hinblick auf die Tatsache, daß die polnischen Hochschulen die ihnen zugestandene Autonomie dazu ausnutzen, um in Widerspruch zur Verfassung einen Numerus clausus bei der Aufnahme jüdischer Hörer einzuführen, interpellierte Abg. Grünbaum in der zestrigen Sejm-Sitzung den Unterrichtsminister und ersuchte ihn, den Unversitätsbehörden die Prinzipien, die bei der Aufnahme von Hörern zu gelten haben, vorzuschreiben und sie auf das Verfassungswidrige ihrer bisherigen Praxis aufmerksam zu machen.

Jerusalem. Die Palästina-Arbeiterföderation „Histadruth Haowdim“ beschloß die Entsendung von zwei Delegierten zu dem im August stattfindenden Internationalen Kongreß weiblicher Arbeiter. — Eine Expedition der Hebräischen Universität zu Jerusalem hat sich nach dem Sinai begeben, um das in der Bibel erwähnte Mannah-Phänomen zu erforschen. — Die Palästina-Regierung bereitet die Herausgabe eines Blaubeuchs über die Wirtschaftslage vor. — In diesen Tagen sind aus London in 1500 Kisten 430 000 Pfund in Silber und anderer Provenienz der neuen palästina-schen Währung eingetroffen. Das Geld wird am 1. Oktober d. J. in Umlauf gebracht.

Die Ueberführung der Sinai-Steine in das Museum zu Kairo. Jerusalem. Bekanntlich sind die berühmten Steine des Sinai-Berges, deren uralte Inschriften in den letzten 20 Jahren Gegenstand lebhafter Kontroversen zwischen den Gelehrten bildeten, und wahrscheinlich die ältesten Schriftzeichen darstellen, in das Museum zu Kairo gebracht worden. Prof. Robert Blake von der Harvard-Universität, der neben Prof. Kirsopp Lake die Ueberführung überwachte, hielt vor kurzem an der Hebräischen Universität zu Jerusalem einen Vortrag über die Arbeit der Sinai-Expedition und gab der Meinung Ausdruck, daß die Steininschriften auf den Ursprung des Alphabets hindeuten. Die erst vor kurzem aufgefundenen zwei weiteren Inschriften bekräftigen diese Annahme. Prof. Butin und Pere Savagnac, die in der Diskussion sprachen, drückten Zweifel betreffend die wissenschaftliche Bedeutung der Inschriften aus. Dr. J. L. Magnes leitete die Diskussion.

Ansprache des Rabbiners Perlmutter bei der Grundsteinlegung des polnischen Nationalmuseums. Warschau. Kürzlich fand die feierliche Grundsteinlegung für das polnische National- und Milltärmuseum statt. Das in riesigen Ausmaßen geplante Gebäude wird erst nach drei Jahren beendet sein. Die erste Ansprache hielt Kardinal Dr. Kakowski, die zweite der Stadtpräsident Ing. Jablonski. Die dritte Ansprache hielt Rabbiner Perlmutter, der an eine Prophezeiung seines Lehrers, des einstigen Warschauer Rabbiners Meisels, erinnerte, der ihm — als er, Perlmutter, noch ein Jüngling war — sagte, er werde noch einmal die Unabhängigkeit Polens und das Aufblühen dieses Landes als mächtiges Reich erleben. Diese Prophezeiung, sagte Rabbiner Perlmutter, ist nun in Erfüllung gegangen. Die Unabhängigkeit und die Blüte Polens finden ihren Ausdruck in der heutigen Feier, da man daran geht, ein nationales Museum aufzubauen. Er wüschte dem Werke Erfolg und gebe ihm seinen Segen. Die Rede des greisen Rabbiners machte auf alle Anwesenden starken Eindruck.

Die antisemitische Seuche in den Newyorker Hospitalern. — Das Reinigungswerk. Newyork. Wie schon mitgeteilt, haben sechs christliche Aerzte des King's County Hospital zu Newyork, die wegen Beschimpfung und Peinigung jüdischer Aerzte-Kollegen sich vor Gericht zu verantworten hatten, eine öffentliche Reue- und Bußerklärung abgegeben, woraufhin die jüdischen Aerzte von der Anklage zurücktraten. Der Anklage lag die folgende Tatsache zugrunde: Die Aerzte Frank Hannan, William Wills, Kenneth Clough, Charles Adam, Lorimer Armstrong und William Stratton drangen nachts in die Schlafräume der drei im

Schränke

fein weiß lackiert

größte Auswahl — billigste Preise

Paradiesbettensfabrik

M. Steiner & Sohn A.-G.

13 Rathausring 13

In Steppdecken und Daunendecken

hat die größte Auswahl nur die

Paradiesbettensfabrik

M. Steiner & Sohn A.-G.

13 Rathausring 13